

## Die Friedensfrage im Bundestagswahlkampf

Beitrag von Joachim Schramm aus dem Mitgliederrundbrief der DFG-VK NRW vom Juli 2021

Aus friedenspolitischer Sicht ist bei den Bundestagswahlen ein Politikwechsel dringend notwendig, weg von der aktuellen Politik der Aufrüstung und Konfrontation hin zu einer Politik, die auf Abrüstung, Entspannung und Zivile Konfliktbearbeitung setzt. Wofür stehen nun die einzelnen Parteien im Bereich Frieden? Da von der CDU/CSU noch kein Wahlprogramm vorliegt, möchte ich mich auf die Positionen von SPD, Grünen und LINKEN beschränken.

### Bedeutung von Militär und ziviler Konfliktlösung

Das von der bisherigen Regierung angesteuerte 2%-Ziel der Aufrüstung (der Militäretat soll 2% der Wirtschaftsleistung Deutschlands umfassen) wird von der **SPD** nicht konkret angesprochen. Da die Partei die Bundeswehr und ihre Einsätze nicht prinzipiell in Frage stellt, spricht sie sich dafür aus, die Ausrüstung der Soldaten zu verbessern „Unsere Soldat\*innen verdienen die bestmögliche Ausrüstung und den höchsten Grad an Ausbildung.“ Außerdem betont sie, dass sie „wesentliche Beschaffungsvorhaben für die Bundeswehr vorangetrieben“ habe. Dies bedeutet wohl, dass die SPD weiter auf einen hohen Militäretat setzt. Auch die **Grünen** wollen die Bundeswehr „personell und materiell sicher ausstatten“. Dabei wird aber das „willkürliche NATO-2-Prozent-Ziel“ abgelehnt. Lediglich die **LINKEN** will den Militärhaushalt deutlich zu verkleinern und lehnt Auslandseinsätze der Armee ab. Sowohl, SPD, Grüne als auch LINKEN setzen in ihren Programmen auf Diplomatie und Dialog, auf zivile Krisenprävention und Friedensförderung, auf Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie internationale Zusammenarbeit. Doch SPD und Grüne wollen auf eine kampfbereite Bundeswehr nicht verzichten und lehnen Kriegseinsätze nicht ab, wenn diese im Rahmen der UN oder der NATO stattfinden. Eine kritische Bewertung bisheriger Bundeswehr-Kriegseinsätze und eine Auseinandersetzung mit den Zielen vor allem der NATO fehlen hier. Diese nimmt bei der LINKEN breiten Raum ein.

Die Alternative zu Militäreinsätzen, die zivile Bearbeitung von Konflikten findet sich in allen drei Programmen wieder. Bei der **SPD** ist vor allem von einer Stärkung des „Zentrums für internationale Friedenseinsätze (ZIF)“ und der Reform der UN die Rede. Beim ZIF gibt es jedoch keine klare Trennung von zivilen und militärischen Einsätzen. Die **Grünen** wollen die Mittel für Friedensförderung und den Zivilen Friedendienst dauerhaft erhöhen. Auch hier fehlt eine deutliche Trennung zwischen militärischen und zivilen Ansätzen. Die **LINKEN** treten dafür ein, dass der Fokus auf zivile Friedensmaßnahmen gelegt wird und wollen sich als friedenssichernde Maßnahmen für gerechte Wirtschaftsbeziehungen und nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit einsetzen.

### (Atomare) Rüstung

Bei den Atomwaffen gibt es bei allen drei Parteien eine grundsätzliche Ablehnung. Die **SPD** setzt dabei jedoch vor allem auf internationale Abrüstungsverhandlungen, die Nukleare Teilhabe Deutschlands in der Form der in Büchel stationierten Atombomben soll zwar diskutiert werden, eine konkrete Ablehnung findet sich im Wahlprogramm nicht. Beim UN-Atomwaffenverbotsvertrag wird lediglich ein Beobachterstatus Deutschlands angestrebt. Die **Grünen** formulieren das Ziel eines atomwaffenfreien Deutschlands und den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag. Allerdings wird auch bei ihnen auf die Notwendigkeit „zahlreiche Gespräche im Bündnis“ verwiesen, also werden eigenständige Schritte eher nicht angestrebt. Die **LINKEN** setzen sich hier für den sofortigen Abzug der Atombomben ein, die Beendigung der Nuklearen Teilhabe und den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag. Militärdrohnen sind eine neue, bedrohliche Waffenentwicklung. Hier ist die Bewertung der drei Parteien ebenfalls unterschiedlich. Die **SPD** schließt den Einsatz von Drohnen durch die

Bundeswehr nicht aus und möchte vor der Entscheidung über eine Bewaffnung dieser Drohnen eine umfangreiche Debatte führen. Sie will sich für eine Ächtung von autonomen Waffensystemen einsetzen und auch für bewaffnete Drohnen ein internationales Regelwerk schaffen. Die **Grünen** lehnen bewaffnete Drohnen ebenfalls nicht prinzipiell ab sondern wollen entsprechende Einsatzrichtlinien festschreiben. Gleiches gilt für die autonomen, nicht mehr von Menschen gesteuerten Waffensysteme. Diese schließen sie nicht völlig aus, sondern wollen „Anwendungen, die gegen ethische und völkerrechtliche Grundsätze verstoßen, ächten und verbieten“. Die **LINKE** spricht sich gegen Kampfdrohnen für die Bundeswehr aus und will sich für die Ächtung sowohl von bewaffneten Drohnen als auch von autonomen Waffensystemen einsetzen. Auch die Steuerung von US-Drohneinsätzen von deutschem Boden aus soll beendet werden.

### **Europäische Außenpolitik**

Während SPD und Grüne die EU als Friedensprojekt darstellen, verweisen die LINKEN mehr auf die negativen, militärischen Entwicklungen. Die **SPD** will, dass „Europa eine Vorreiterrolle bei internationaler Krisenprävention, Friedens- und Demokratieförderung sowie zum Schutz von Menschenrechten“ einnimmt. Doch gleichzeitig will sie die militärische Stärke der EU ausweiten und tritt für eine europäische Armee ein. Innerhalb der EU-Außenpolitik soll das Mehrheitsprinzip gelten, d.h. die Zustimmung auch für Militäreinsätze vereinfacht werden. Die **Grünen** wollen, dass die EU „ihrer Verantwortung für die eigene Sicherheit und Verteidigung gerecht“ wird. Das soll durch ein stärkerer Zusammenarbeit der Armeen in der EU und die Bündelung der militärischen Fähigkeiten erfolgen. Der Begriff EU-Armee kommt nicht vor, allerdings ist vom „Ausbau von EU-Einheiten“ und gemeinsamen Kommandostrukturen die Rede. Die **LINKE** tritt für eine „Europäische Friedens- und Entspannungspolitik ein“ und will „die Militarisierung der EU beenden“. Sie will alle „militärbezogenen EU-Programme und Fonds“ abschaffen und lehnt eine europäische Armee ab.

### **Fazit**

Eine rot-rot-grüne Regierung wäre angesichts dieses Vergleichs nur bei bedeutenden Abstrichen im Friedensprofil der LINKEN oder bei umfassenden Veränderungen bei rot/grün vorstellbar. Trotzdem lohnt es sich den Wahlkampf zu nutzen: Nehmen wir an Wahlveranstaltungen teil, stärken wir die Kandidat\*innen innerhalb der verschiedenen Parteien, die näher zu unseren Zielen stehen. Dazu sind auch die Wahlprüfsteine nützlich, die wir auf unsere Homepage gestellt haben. Und auch wenn die Wahlen wahrscheinlich keine bahnbrechenden Veränderungen in Richtung Friedenspolitik bringen werden: gehen wir wählen, schon um der AfD deutlich etwas entgegenzustellen!